



FACT SHEET UKRAINE

10 Jahre Euromaidan – 10 Jahre Revolution in der Ukraine

HINTERGRUND

Vor zehn Jahren endete mit der Einsetzung einer Übergangsregierung am 26. Februar 2014 eine Revolution in Kyjiw, die bis heute nachwirkt. Aus russischer Sicht handelte es sich dabei nicht um eine Protestbewegung mit legitimen Anliegen, sondern ein Instrument des Westens und insbesondere der USA zur Erlangung der Macht in der Ukraine: um eine sogenannte „Farbrevolution“. Der Protest am Maidan-Platz spielt auch im Krieg gegen die Ukraine eine große Rolle. In seiner Kriegserklärung vom 24. Februar 2022 erklärte Putin: „Wir sehen, dass die Kräfte, die sich 2014 in der Ukraine an die Macht geputscht haben [...], einer friedlichen Konfliktlösung endgültig eine Absage erteilt haben“. Daher lohnt es sich, die damaligen Ereignisse und Hintergründe in Erinnerung zu rufen.

VORGESCHICHTE

Der Auslöser für die Protestbewegung zwischen November 2013 und Februar 2014 war die Entscheidung des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und dessen Regierung, das fertig verhandelte Assoziierungsabkommen mit der EU nicht wie geplant am EU-Gipfel in Vilnius am 29. November 2013 zu unterschreiben. Wegen dieser Forderung und der pro-europäischen Haltung vieler Demonstranten erhielt der Protest kurz nach Beginn bereits die Bezeichnung „Euromaidan“. Die Ursachen des Protestes liegen jedoch tiefer in der politischen Geschichte der Ukraine verankert. Bereits im Jahr 2004 kam es zu massiven Protesten jener Teile der Bevölkerung, die sich nicht länger mit dem korrupten und teils autoritären System sowie der bestimmenden Rolle der Oligarchen abfinden wollten. Wahlfälschungen bei der Stichwahl für das Präsidentenamt führten zur „Orangen Revolution“, als ca. 150.000 Menschen erfolgreich 17 Tage lang für eine Wiederholung der Wahlen am Maidan-Platz demonstrierten. Es folgte ein Jahrzehnt politischer Kämpfe zwischen den pro-russischen und der pro-westlichen Parteien, sowie auch innerhalb der pro-westlichen Kräfte. Durch die immer stärkere Verknüpfung von eigentlich innenpolitischen Anliegen mit der außenpolitischen Orientierung des Landes wurde auch die „Sprachenfrage“ schließlich zur Frage der Weltanschauung. Sie überdeckte den Konsens vieler Ukrainer und Ukrainerinnen: die Unzufriedenheit mit den Oligarchen als eigentlich herrschender Klasse und der allgegenwärtigen Korruption.

DER BEGINN: NOVEMBER–DEZEMBER 2013

Am 21. November 2013 begannen erste Proteste gegen die Regierung in Kyjiw. Am 24. November, fünf Tage vor dem entscheidenden EU-Gipfel in Vilnius, protestierten bereits Zehntausende am Maidan-Platz gegen die Regierung. Nachdem am 29. November klar war, dass Janukowytsch das EU-Assoziierungsabkommen nicht unterschrieben hatte, forderten die Demonstranten den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung. In der Nacht zum 30. November kam es zu den ersten Ausschreitungen, als die Polizei versuchte, den Protest gewaltsam mit Tränengas und Schlagstöcken aufzulösen. Es gab Verletzte auf beiden Seiten.

Als Resultat der Polizeigewalt verstärkte sich der Zustrom auf den Maidan-Platz. Die Oppositionsparteien Batkiwschina, Udar und Swoboda begannen gemeinsam mit kleineren Gruppen als „Maidan-Rat“ für die pro-westlichen Anliegen zu sprechen. Die Protestierenden am Maidan verbarrikadierten sich und errichteten eine Zeltstadt. Der Protest organisierte sich im Laufe des Dezembers 2013 immer mehr. Zu Spitzenzeiten waren wohl mehr als 100.000 Menschen in Kyjiw auf der Straße. Permanent hielten sich aber nur wenige Tausend Menschen am Maidan auf. Auch in anderen Regionen kam es zu Demonstrationen.

Diplomaten und Politiker aus der EU und den USA drängten auf eine friedliche Konfliktlösung, unterstützten aber auch die Anliegen des Maidan. Präsident Janukowytsch traf sich mit Vertretern der Opposition und westlichen Vermittlern: ohne Erfolg.

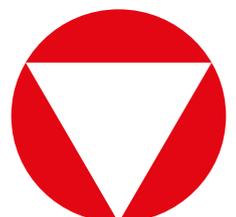


Barrikade am Maidan Anfang Dezember 2013 mit einem Transparent „Forderung Nr. 1 Rücktritt Janukowytschs“. (Ata/Wikimedia Commons)

AUFBEREITUNG: Christoph BILLBAN
FOTOS: Alle Bilder sind unter Creative Commons lizenziert.
Die Quell-URLs sind als Hyperlinks in den Bildbeschreibungen hinterlegt.
STAND: Februar 2024

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

ESKALATION DER GEWALT: JÄNNER-FEBRUAR 2014

Parallel zu den Gesprächen mit Vertretern der pro-westlichen Opposition und westlichen Spitzen-Diplomaten traf Janukowytch auch mehrmals Russlands Präsident Putin während der Krise. Am 17. Dezember unterzeichneten Putin und Janukowytch den russisch-ukrainischen „Aktionsplan“, der einen Kredit von insgesamt 15 Mrd. US-Dollar und stark vergünstigte Gaspreise vorsah. Am Maidan kommentierte dies der Oppositionsführer Witalij Klitschko als Ende der Unabhängigkeit und der Chancen auf eine bessere Zukunft für die Ukraine. Der Protest am Maidan sollte fortgesetzt werden, bis die Forderungen, u. a. nach Neuwahlen, erfüllt würden.

Die ukrainische Regierung setzte aber weiter auf Gewalt. Die Versuche, den Maidan durch Polizeikräfte, besonders die Spezialeinheit Berkut, zu räumen, blieben erfolglos und heizten die Stimmung an. Um rechtlich gegen die Protestierenden vorzugehen, verabschiedete das Parlament mit Stimmen der regierenden „Partei der Regionen“ und der Kommunisten am 16. Jänner zwölf Anti-Protest-Gesetze. Der ukrainische Innenminister Witalij Sachartschenko kündigte an, gegen alle Verstöße mit besonderer Härte vorzugehen.



Radikale Protestierende werfen Molotow-Cocktails auf Truppen des ukr. Innenministeriums kurz nachdem die Anti-Protest-Gesetze verabschiedet wurden. (Mstyslav Chernov/Unframe)

Der bisher eher friedliche Protest kippte. Einzelne Gruppen riefen dazu auf, sich zu bewaffnen. Es kam zu heftigen Ausschreitungen im Zentrum von Kyjiw. In den Regionen wurden Verwaltungsgebäude durch Oppositionelle besetzt. Am 28. Jänner erklärte schließlich der Ministerpräsident Mykola Asarow „um einer friedlichen Lösung der Krise Willen“ seinen Rücktritt. Die Gewalt nahm dadurch jedoch nicht ab.

Am 6. Februar erklärte ein Berater des russischen Präsidenten Putin, dass im Fall eines „Putschversuches die [ukr., Anm.] Behörden keine Wahl hätten, außer Gewalt anzuwenden“. Am 9. Februar erklärten die Oppositionsführer die Bildung von „Selbstverteidigungseinheiten“ in der gesamten Ukraine.

MASSAKER UND FLUCHT: 18.-21. FEBRUAR 2014

Am 18. Februar marschierten schließlich 20.000 Menschen in Richtung des Parlaments. Die Polizei setzte auch scharfe Munition gegen die Protestierenden ein. Am Ende des Tages waren 26 Menschen tot, darunter 10 Polizisten, und über 1.100 wurden verletzt. Die Oppositionsführer riefen zu einer Rückkehr zum friedlichen Protest auf. Die Maidan-Vertreter Klitschko, Jazenjuk und Tjahnybok verhandelten mit Janukowytch einen Waffenstillstand, der jedoch nicht hielt.

Der 19. und 20. Februar forderten den höchsten Blutzoll. Am 20. Februar setzten beide Seiten auch „Scharfschützen“ ein. 53 Menschen starben nur an diesem Tag. Insgesamt starben am Maidan 108 Zivilisten und 13 Polizisten. Sie werden in der Ukraine offiziell als das „Himmlische Hundert“ bezeichnet.

In den Verhandlungen zwischen Opposition und Janukowytch wurde schließlich am 21. Februar ein Abkommen über einen friedlichen Machtübergang erzielt. Dabei sollte zum einen unverzüglich die Verfassung von 2004 wieder in Kraft gesetzt werden, zum anderen sollte eine Regierung der nationalen Einheit an einer Verfassungsreform arbeiten, sodass noch vor Dezember 2014 Neuwahlen für das Präsidentenamt stattfinden könnten.



Unterzeichnung des Abkommen mit den Maidan-Vertretern am 21. Februar 2014. (News UTR/Wikimedia Commons)

Am Maidan fand das Abkommen jedoch keine Unterstützung unter den pro-westlichen Demonstranten. Ein Führer der Selbstverteidigungskräfte, Wolodymyr Parasyuk, drohte mit einem Sturm auf das Parlament, wenn der Präsident nicht unmittelbar zurücktrete. Oppositionsführer Klitschko wurde als Verräter beschimpft. Das Abkommen wurde aber auch durch Präsident Janukowytch de-facto aufgekündigt, nachdem er Kyjiw bereits am Abend des 21. Februar Richtung Ostukraine verließ. Seine politischen Unterstützer fanden sich vor allem in den Regionen Donezk und Luhansk. Er weigerte sich, entgegen des Abkommens, die Verfassung von 2004 wieder in Kraft zu setzen und bezeichnete die Oppositionsführer als Kriminelle. Am 24. Februar floh er mit russischer Hilfe endgültig aus der Ukraine. Präsident Janukowytch wurde am 22. Februar per Parlamentsbeschluss durch den Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschynow abgelöst. Das Innenministerium, die Armee und auch der Geheimdienst erklärten, dass sie auf Seiten des Parlaments stehen. Damit hatte Janukowytch auch faktisch seine Macht verloren. Für den 25. Mai 2014 wurden Präsidentschaftswahlen angesetzt.

FOLGEN: KRYM UND DONBAS

In weiten Teilen der Ost- und Südukraine wurde der Machtwechsel kritisch gesehen. Die dort weitverbreiteten russischen Medien, propagierten bereits seit Wochen die Gefahr eines „Nazi-Putsches“ in Kyjiw. Maßnahmen wie die geplante, aber nicht umgesetzte Aufhebung des Sprachengesetzes aus 2012 trugen nicht zur Vertrauensbildung bei. Während die Halbinsel Krym von Russland bereits ab 27. Februar 2014 besetzt und schließlich annektiert wurde, entwickelte sich in der Ostukraine aus dem Protest gegen die Regierung ein bewaffneter Aufstand, der durch Russland instrumentalisiert wurde. Der Konflikt mit den „Volksrepubliken Donezk“ und „Lugansk“ (ukr. Luhansk) entwickelte sich zu einem Krieg im Donbas, der 2022 in dem vollumfänglichen Angriff Russlands auf die Ukraine enden sollte.

